

Polen

01) Polen: Soros-finanzierter Aktivist zusammen mit 12 anderen wegen Zerstörung des Grenzzauns verhaftet

30. 08. 2021



Der Nachrichtensender TVP Info hat ein Video von der polnisch-weißrussischen Grenze aufgenommen.

Ein von George Soros finanzierter Aktivist wurde wegen der Zerstörung des polnischen Grenzzauns zu Weißrussland verhaftet

Unter den 13 Personen, die wegen der Zerstörung des polnischen Grenzzauns zu Weißrussland festgenommen wurden, befindet sich Bartosz Kramek, ein bekannter Aktivist der Stiftung „Offener Dialog“ mit Verbindungen zu George Soros.

Der Vorfall, bei dem die Aktivisten laut Polizei den Stacheldrahtzaun an der polnisch-weißrussischen Grenze durchbrochen haben, wurde vom Grenzschutz in den sozialen Medien beschrieben.

„Beamte des Grenzschutzes haben zusammen mit polnischen Soldaten eine Gruppe von 13 Personen (12 polnische und 1 niederländischer Staatsbürger) festgenommen, die technische Blockaden an der Grenze zu Weißrussland zerstörten. Unter den Festgenommenen befindet sich Bartosz K. Gegen die Beteiligten wird ein Verfahren eingeleitet“, erklärte der polnische Grenzschutz.

Bartosz K. ist Bartosz Kramek – ein Aktivist der Stiftung „Offener Dialog“, die von George Soros mitfinanziert wird. Kürzlich rief Kramek in der polnischen *Gazeta Wyborcza* die Menschen dazu auf, die Befestigungen an der polnischen Grenze zu zerstören.

„Wir werden im Geiste des zivilen Ungehorsams protestieren“, schrieb er. Kramek betonte, dass man die Migranten nicht einfach an der Grenze verrotten lassen dürfe. „Lasst uns

hingehen und diese Drähte symbolisch niederreißen. Wir sollten protestieren, aktiv und entschlossen. Barrieren sind nur in unseren eigenen Köpfen“.

Leutnant Anna Michalska vom polnischen Grenzschutz sagte der Polnischen Presseagentur, dass auch zwei Fahrzeuge gefunden wurden, die den Zaun an der Grenze aufreißen sollten.

„Der Zaun sollte an den Fahrzeugen befestigt und dann aufgerissen werden“, erklärte sie und fügte hinzu, dass die Polizei nun weitere rechtliche Schritte gegen die Festgenommenen einleiten werde.

Innenminister Mariusz Kamiński erklärte auf Twitter, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

„Die Situation, die sich an unserer Grenze ereignet hat, ist absolut inakzeptabel. Die Täter, die den Zaun durchbrochen haben, wurden vom Grenzschutz festgenommen und werden alle angemessenen rechtlichen Konsequenzen für ihre Handlungen tragen. Wir werden auf ähnliche Taten mit der gleichen Entschlossenheit reagieren“.

Andere Kommentatoren wiesen darauf hin, dass sich die Täter der Konsequenzen ihres Handelns durchaus bewusst waren und ihre Strafe für sie lediglich ein Mittel zum Zweck sein wird. Außerdem wurden mehrere Videos von dem Vorfall ins Internet gestellt.

„Putin und Lukaschenko sind nützliche Idioten. Jetzt stehen sie an der Grenze.“

Quelle: [TVP.INFO](https://www.tvp.info)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Polen: Wird es vorgezogene Neuwahlen geben?

Sprecher Terlecki spekuliert und weist auf den „Vorfrühling“ hin

26. 08. 2021



Ryszard Terlecki - Foto: Adam Chelstowski / Forum

Nachdem die Sejm-Abgeordnete Elżbieta Witek (Pis) die Wiederaufnahme der Abstimmung über die so genannte TVN-Legislative angekündigt hatte, dank derer die Regierungspartei das Gesetz verabschieden konnte, stellte die Opposition einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen den Sejm-Präsidenten. Könnte der Verlust des Amtes eines PiS-Politikers vorgezogene Neuwahlen bedeuten? Der stellvertretende Parlamentspräsident Ryszard Terlecki kommentiert die Angelegenheit.

In *Głos Nowej Huty* verweist Ryszard Terlecki auf die rechtlichen und politischen Bedingungen des Misstrauensvotums zur Entlassung des Sejm-Präsidenten. Damit der Antrag die von der Opposition beabsichtigte Wirkung entfalten kann, „bedarf es eines so genannten konstruktiven Misstrauensvotums, d.h. einer Kombination aus einem Antrag auf Entlassung des Parlamentspräsidenten mit der gleichzeitigen Nennung eines Kandidaten für diese Funktion. Damit dies möglich ist und die Opposition eine Chance auf eine Mehrheit bei den Wahlen hat, müssen alle Oppositionsgruppen zusammenarbeiten, d.h. die Plattform, die Linke, die Partei von Holownia, die PSL und die Konföderation“.

Terlecki weist auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Opposition konfrontiert sein könnte, wenn sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen muss. „Ein Teil der Plattform würde gerne Kidawa-Błońska aufstellen, und Tusk ist bereit, diese Idee zu akzeptieren. Das

Problem ist jedoch, dass es eifrigere Kandidaten gibt: Budka, der um jeden Preis jemand Wichtiges sein möchte; Nitras, der von einer Karriere an der Seite Trzaskowskis träumte und dessen Pläne nun von Tusk durchkreuzt wurden; Tomczyk, dem der Vorsitz des PO-Klubs entzogen wurde, sowie mehrere weibliche Abgeordnete, die denken, wenn Kidawa es sein kann, warum nicht auch sie? – Wir können auf dem Facebook-Profil der PiS-Polik lesen. Laut Terlecki haben auch Władysław Kosiniak-Kamysz, Piotr Zgorzelski und Włodzimierz Czarzasty Ambitionen auf das Amt des Vorsitzenden.

Sollte der Misstrauensantrag jedoch angenommen werden, würde dies die Aussicht auf vorgezogene Neuwahlen bedeuten. Wie der stellvertretende Sejm-Sprecher anmerkt, wäre in einem solchen Fall „die PiS nicht in der Lage, im Sejm Gesetzesentwürfe einzubringen, die zur Umsetzung bestimmter Elemente der polnischen Ordnung notwendig sind, und die Opposition würde versuchen, nachfolgende Minister zu entlassen“.

„Angesichts eines solchen Szenarios wäre die einzige Lösung ein Antrag auf Selbstaflösung des Sejm, und die Wahlen würden wahrscheinlich im Frühjahr stattfinden. Solange die PiS jedoch die Mehrheit der Stimmen im Sejm hält, sollte man mehr an die Arbeit für die weitere Entwicklung Polens denken als an den Wahlkampf, der zwei Jahre vor dem Zeitplan liegt“, so Terlecki abschließend.

Quelle: [PCh24.pl](https://poczta24.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien

03) Tschechischer Premierminister spricht in seinem neuen Buch über Konflikt und Freundschaft (Update)

31. 08. 2021



Andrej Babiš · Foto: MTI/Martin Divisek

Andrej Babiš ist stolz darauf, Migrantenquoten zu vereiteln und Familien zu schützen

In einem neu erschienenen E-Book mit dem Titel „**Sdílejte, než to zakážou**“ („**Teilen Sie es, bevor es verboten wird!**“) erinnert sich der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš an seine Kämpfe seit seinem Eintritt in die tschechische Regierung im Jahr 2014 und spricht über die Freundschaften, die er auf seinem Weg geschlossen hat. Das Buch, das in einem direkten und unprätentiösen Stil geschrieben ist, ist charakteristisch für Babiš' leicht exzentrische und egozentrische Herangehensweise an Zeitgeschichte und Politik, die ihn bei den einen so beliebt und bei den anderen unbeliebt macht.

Das Buch beginnt mit der Diskussion der Ereignisse rund um die europäische Migranteninvasion 2015 und wie die europäischen Institutionen versucht haben, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen. Er erwähnt, dass nach den Plänen der Kommission in der ersten Welle 120.000 Migranten aus dem Nahen Osten, die in griechischen und italienischen Lagern konzentriert waren, auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden sollten, wobei die Tschechien 1863 aufnehmen sollten. Diese Zahl hätte sich innerhalb von zwei Jahren auf fast 3000 Migranten erhöht. Der Plan der EU wurde laut Babiš durch die gemeinsame Haltung der Visegrad-4-Länder (V4) vereitelt: Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen.

Er schreibt über tschechische linke Europaabgeordnete, die durch ihre Unterstützung der Migrantenquoten „gegen ihr eigenes Land gestimmt haben“ und die sogar eine Petition an die Kommission gerichtet haben, um Tschechien für seine Ablehnung dieser Pläne zu bestrafen. Die Kommission hatte die Methode von Zuckerbrot und Peitsche gegen Andersdenkende angewandt und versucht, sie einerseits mit Vertragsverletzungsverfahren

einzuschüchtern und andererseits mit Subventionen für Migranten zu bestechen. Sie versuchten unerbittlich, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen, aber ihre Pläne scheiterten schließlich.

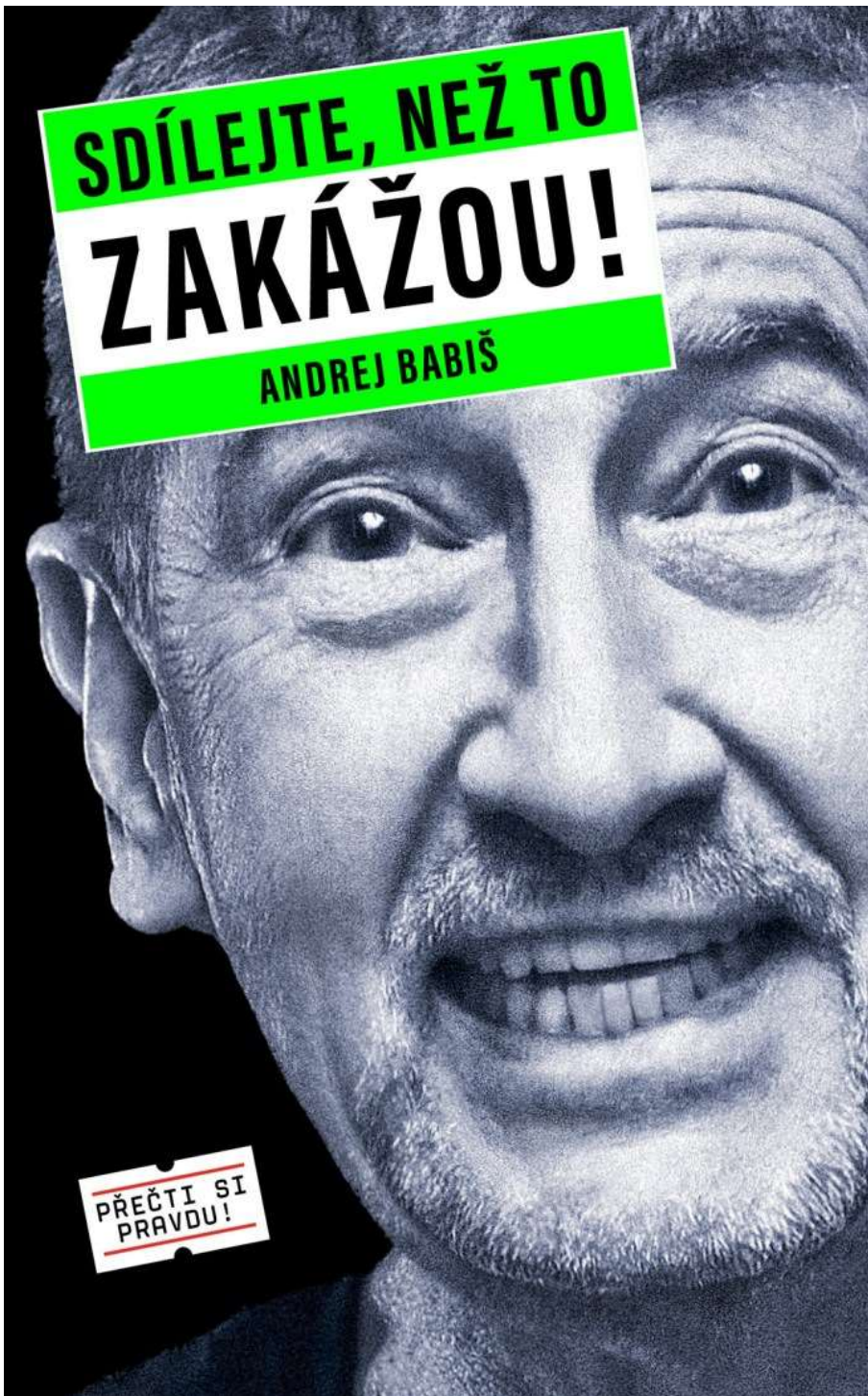
Babiš schreibt dieses Ergebnis der V4 zu und erwähnt den ungarischen Premierminister Viktor Orbán als denjenigen, der in diesem Kampf besonders aktiv war. Er beschreibt, wie der Kampf gegen illegale Migration eine Freundschaft zwischen den beiden Politikern schmiedete. Orbán hatte sogar mit ein paar eigenen Absätzen zu Babiš' Buch beigetragen und daran erinnert, wie sich mitteleuropäische Länder wie seines gegen die versteckten Pläne Brüssels, Europa mit muslimischen und afrikanischen Migranten zu überfluten, zusammengeschlossen haben. Er nennt seine Beziehung zum tschechischen Premierminister eine Freundschaft, die im Kampf geschmiedet wurde, und beschreibt Babiš als einen ungewöhnlichen Politiker, der nicht an messianischen Ideologien interessiert ist, sondern sich eher mit einfacheren Dingen wie Nation und Familie beschäftigt. Orbán glaubt, dass die gegenwärtige europäische Politik durch eine Verwässerung innerhalb des Mainstreams und durch obsessive politische Korrektheit gekennzeichnet ist, wo Akte der Tapferkeit selten sind. „Ungarn und die V4 können sich glücklich schätzen, einen mutigen Mann an der Spitze der Tschechischen Republik zu haben“, so Orbán abschließend.

Der tschechische PM erinnert an Vorfälle in westeuropäischen Ländern, die seine schlimmsten Befürchtungen über die Migranteninvasion bestätigt haben. Er erwähnt die massenhaften sexuellen Übergriffe und Gewalttaten in Deutschland in der Silvesternacht 2015, als über 1200 Frauen überfallen und ausgeraubt wurden. Er erinnert auch an zwei tschechische Opfer von Verbrechen im Zusammenhang mit Migranten. Das erste war das sechzehnjährige tschechische Mädchen, das von einem Mann vergewaltigt wurde, der mit dem Zug aus Deutschland kam. All das, weil Europa seine Grenzen ignoriert, meint Babiš. Und jenen, die argumentieren, dass auch tschechische Täter Vergewaltigungen begangen haben, entgegnet er: Ich spreche von diesem Mädchen und ihrem Leid, das völlig hätte verhindert werden können, wenn der Schutz von Schengen funktioniert hätte. Babiš erinnert auch an Naďa Čižmár, eine tschechische Frau, die bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 getötet wurde, als ein muslimischer Terrorist einen Lastwagen in eine Menschenmenge fuhr und zwölf Menschen tötete. Sie hinterließ ein fünfjähriges Kind.

Neben einer Reihe anderer Themen weist Babiš auf das Problem der negativen Demografie in seinem Land hin. „Kinder, die jetzt geboren werden, sind anders als wir“, meint Babiš, „sie sind freier und offener.“ Die durchschnittliche tschechische Frau bekommt 1,7 Kinder und müsste mehr als zwei bekommen, um den Niedergang der Nation zu stoppen, wo das Durchschnittsalter der Bevölkerung derzeit bei 42,5 Jahren liegt. Babiš verweist auf das ungarische Modell der Familienpolitik als Vorbild, dem er folgen will, nämlich Steuererleichterungen für Familien mit Kindern und Hilfe bei Hypotheken oder beim Kauf eines Familienautos. Dennoch müsse seine Regierung weiter gehen als nur finanzielle Anreize, erklärt er. Babiš' Ziel ist es, ein System zu schaffen, in dem Mütter mit mehreren Kindern eine bessere Chance haben, sich auf ihre Karrieren zu konzentrieren. Babiš schlägt vor, Senioren, vor allem Großeltern, einzubeziehen, die eine zentrale Rolle bei der Kindererziehung spielen könnten, und er verspricht, dies durch finanzielle Anreize zu erreichen. Für Eltern, die es vorziehen würden, in den ersten Jahren bei ihren Kindern zu bleiben, verweist er auf die Tatsache, dass in Tschechien Frauen ein Elternsabbatical von vier Jahren haben, statt nur ein paar Monate wie in den meisten westlichen Ländern.

Quelle: [Remix News](#)

Das Buch in tschechischer Originalsprache ist in EPUB-, MOBI- und PDF-Format erhältlich [hier](#):



Von UNSER MITTELEUROPA erstellte Übersetzungen: [Deutsch](#) und [Spanisch](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn

04) Treffen Orbán-Meloni: Wir müssen dem wachsenden Migrationsdruck widerstehen

29. 08. 2021



Viktor Orbán und Giorgia Meloni - Foto: Instagram

Ministerpräsident Viktor Orbán hat sich in Rom mit der Vorsitzenden der italienischen Partei Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, über die Lage der europäischen Rechten und die erneute Bedrohung durch die Migration unterhalten, wie der Pressechef des Ministerpräsidenten, Bertalan Havasi, am Samstag gegenüber der ungarischen Presseagentur MTI erklärte.

Die beiden Parteivorsitzenden erklärten:

Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Rechte wieder zur größten politischen Kraft in Europa zu machen.

Bei dem Treffen, an dem auch die stellvertretende Fidesz-Vorsitzende für internationale Angelegenheiten Katalin Novák teilnahm, wurde die Frage des zu erwartenden Migrationsdrucks infolge des Zusammenbruchs Afghanistans erörtert.

Man war sich einig, dass eine Massenüberführung nicht die Lösung ist, sondern dass man Hilfe ins Land bringen sollte.

Die europäischen Länder müssen sich dem zunehmenden Migrationsdruck aus verschiedenen Richtungen widersetzen, sowohl an Land als auch auf See, so Bertalan Havasi.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) EU-Kommission: Vorerst kein Verfahren gegen Ungarn

Von Bettina Nemes

28. 08. 2021



Quelle: MTI

Die EU-Kommission sollte aufgrund einer „Drohung“ des Europäischen Parlaments bis Ende August ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn einleiten.

Die Kommission wird dies jedoch nicht tun, weil sie abwarten will, um sicher zu gehen, berichtet Euronews. Dies wiederum könnte zu einem Streit zwischen den beiden EU-Institutionen führen.

Das neue Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit sieht vor, dass EU-Ländern Mittel aus dem Gemeinschaftsbudget gekürzt werden können, wenn wegen Rechtsstaatsverstößen ein Missbrauch der Gelder droht. Die Kommission beharrt darauf, dass es sich um ein „Instrument der letzten Instanz“ handelt, betonte ihr Sprecher Balázs Ujvári.

Im Juni hatte der Präsident des Europäischen Parlaments ein Schreiben an die Präsidentin der Kommission gerichtet, in dem er darum bat, den Mechanismus innerhalb von zwei

Monaten in Kraft zu setzen. Sollte dies nicht geschehen, drohe das Parlament mit der Einleitung eines Gerichtsverfahrens, um den Mechanismus auszulösen. Diese Frist ist nun abgelaufen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Tamás Fricz: Es ist Zeit, über den Huxit zu sprechen.
Die rechte Seite: Kommentar zum Verhältnis Ungarn-EU

Von Tamás Fricz

27. 08. 2021



Tamás Fricz · Foto: Derzsi Elekes Andor/ Wikimedia

Ich weiß, es gilt als Tabubruch, aber jemand muss dieses Wort einmal nicht bloß zur Abschreckung niederschreiben: Huxit. Damit ist nach dem Vorbild des Brexit der freiwillige, souveräne Austritt Ungarns aus der EU gemeint.

Besonders nach den heftigen westlichen Angriffen in Zusammenhang mit unserem Kinderschutzgesetz sollte endlich begonnen werden, über die Frage nachzudenken, ob wir einen Huxit brauchen.

Scheideweg erreicht

Ich behaupte nicht, dass wir ihn brauchen würden. Im Juli 2021 ist es aber an der Zeit, einmal ernsthaft über unseren eventuellen Austritt aus der EU nachzudenken. Die Staatengemeinschaft blutet aus tausend Wunden, zeigt immer mehr imperiale Symptome und benimmt sich gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Staaten zunehmend herablassender und arroganter. Wir haben einen Scheideweg erreicht. Die globalistische Finanzelite und die von ihr geleiteten EU-Institutionen, also die EU-Kommission, das Europäische Parlament, der Europäische Gerichtshof und in Teilen der Europarat sind fest entschlossen, uns eine Lektion zu erteilen. Ja mehr noch: Sie wollen uns bestrafen. Sie wollen an unserem Lebensnerv sägen, wenn wir nicht tun, was sie uns diktieren.

Ihre Ultima Ratio ist der Entzug von uns zustehenden EU-Geldern. Katarina Barley, eine Vize-Präsidentin der Kommission, machte – neben George Soros und seinen Anhängern – kein Hehl daraus, als sie erklärte, dass man renitente Länder wie Ungarn und Polen finanziell aushungern müsse. Was spricht also für einen Verbleib in der Union und was spricht dagegen? Es ist sinnvoll, diese Frage aus politischer, wirtschaftlicher, kultureller, werteorientierter und militärischer Perspektive zu untersuchen.

Was spricht für einen Verbleib in der Union?

Aus politischer Perspektive spricht für einen Verbleib, dass die EU-Mitgliedschaft jedem ungarischen Bürger das gute Gefühl gibt, Mitglied eines entwickelten, demokratischen und auf der Gemeinschaft freier Nationen gründenden Westens zu sein, nach dem wir uns immer gesehnt haben und bei dem wir uns nach 40 Jahren Kommunismus endlich am Ziel wähnten. Es ist ein erhebendes Gefühl, zu einer der modernsten Gemeinschaften der Welt zu gehören. Sich nach gut 15 Jahren von diesem Gefühl zu verabschieden, ist nur angesichts sehr starker und nachdrücklicher Gründe akzeptabel. Gibt es derzeit solche Gründe? Ganz klar: es gibt sie! Nämlich die Tatsache, dass die angebetete Staatengemeinschaft ihre Prioritäten zwischenzeitlich gründlich verändert hat. Die globalistischen, liberalen Eliten wollen die Union in ein völlig anderes Gebilde verwandeln, als sie bisher war.

Vor anderthalb Jahrzehnten traten wir einer Gemeinschaft freier und souveräner Staaten bei. Jetzt wiederum entsteht mit Hochdruck ein superföderales, sich die Nationalstaaten unterwerfendes imperiales Europa. Die Vereinigten Staaten von Europa sollen geschaffen werden.

Unser wichtigstes Ziel und unsere Hoffnung waren es, dass wir nach der sowjetischen Gewaltherrschaft unseren weiteren Weg als souveräne, unabhängige Nation gehen können. Genau das gerät nun aber in Gefahr. Wenn jetzt wieder jemand damit beginnt, uns zu diktieren, was wir tun sollen, dann verliert die EU-Mitgliedschaft für uns ihren Wert.

Das Interesse Ungarns ...

Soeben hat eine einjährige Konferenz- und Diskussionsreihe über die Zukunft der Union begonnen. Schon jetzt ist allerdings klar zu erkennen, dass die Mainstream-Kreise die Verwirklichung des oben erwähnten Ziels in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen. Ganz zu schweigen von den eingebauten Sicherungen, wonach die diese Diskussionsreihe leitenden EU-Institutionen die Diskussion moderieren und ihnen nicht genehme Meinungen einfach unter den Tisch fallen lassen können.

Es ist ein erschreckend klares Signal, dass das koordinierende Gremium der Diskussionsreihe von Guy Verhofstadt geleitet wird, der ein überzeugter, verblendeter Globalist und Orbán-Hasser ist. Die bezüglich der Diskussion entstandene sogenannte

Spinelli-Gruppe – benannt nach einem italienischen Erz-Kommunisten – hat sich offen die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als Ziel gesetzt. Natürlich müssen wir uns mit größter Kraftanstrengung an dieser Diskussion beteiligen. Wenn jedoch das Endergebnis für uns unannehmbar ist, dann ist es nicht sicher, ob es das Interesse Ungarns ist, sich den imperialen und globalistischen Bestrebungen weiter zu beugen.

EU-Gelder sind auch Kompensationszahlungen

Aus wirtschaftlichem Blickwinkel spricht für unseren Verbleib in der Union, dass wir Nettoempfänger von EU-Geldern sind. Jetzt geht es gerade um den Zugang zu den Geldern des EU-Wiederaufbaufonds in Höhe von 2.500 Mrd. Forint. Den uns zustehenden Anteil will man uns jedoch vorenthalten.

Das Bild ist aber nur dann vollständig, wenn wir berücksichtigen, dass Ungarn parallel zum EU-Beitritt auf beträchtliche Zolleinnahmen und den Schutz der ungarischen Unternehmen verzichtet hat. Wir haben unseren Markt geöffnet für westliche Waren und Investoren, die regelmäßig einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Gewinne in ihre Heimatländer transferieren.

Wir sollten weiterhin nicht vergessen, dass die westeuropäischen Länder nach dem Krieg im Rahmen des amerikanischen Marshall-Plans riesige Finanzhilfen erhielten, die zum Aufblühen ihrer Volkswirtschaften beitrugen. Die in den 1970er und 80er Jahren aufgenommenen Länder, also Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Dänemark, traten noch einer prosperierenden Union bei. Als wir jedoch 2004 zusammen mit neun weiteren Ländern beitraten, befand sich die Staatengemeinschaft nicht mehr in einem so guten wirtschaftlichen Zustand, was sich nicht zuletzt in verringerten Transferzahlungen äußerte.

Scheinargumente

Das vielleicht schwerwiegendste wirtschaftliche Argument gegen einen Austritt ist aber, dass sich die westlichen Firmen dann von uns abwenden und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen leiden würden.

So könnte es angeblich dazu kommen, dass etwa Audi, BMW und Mercedes ihre hiesigen Fabriken wegverlagern würden. Das hört sich abschreckend an. Könnte es aber wirklich dazu kommen? Würde uns tatsächlich eine prekäre wirtschaftliche Lage bevorstehen und müssten wir zur Autarkie übergehen?

Ich glaube nicht. Einerseits deswegen, weil die westlichen Investoren zuallererst der Profit interessiert. Wenn sie in Ungarn preiswert produzieren können, dann werden sie nicht gegen ihre eigenen Interessen auftreten. Man schaue sich nur einmal an, wie gut westeuropäische Firmen mit den Chinesen und den Russen klarkommen. Und im Vergleich zu diesen beiden Ländern ist Ungarn für sie nun wahrlich ein vertrauter Terrain. EU-Mitgliedschaft hin oder her, die westlichen Firmen wissen genau, woran sie sind, wenn sie in Ungarn investieren. Nicht zuletzt schätzen sie unsere Berechenbarkeit. Andererseits müssen die Länder natürlich auf mehreren Beinen stehen. Wir haben das schon vor ein paar Jahren erkannt und handeln dementsprechend. Man denke nur an die von der ungarischen Regierung forcierte Öffnung nach Osten.

Norwegen, Schweiz, Großbritannien ...

Schließlich ist es drittens für mich offensichtlich, dass wir wie Norwegen und die Schweiz beziehungsweise jetzt auch Großbritannien parallel zum Austritt Verhandlungen mit der Union und einzelnen Mitgliedsstaaten aufnehmen müssten. Nach dem Vorbild dieser drei Länder müssten wir spezielle Verträge abschließen. Dazu sind wir jetzt schon wirtschaftlich stark genug und kein ausgeliefertes Land mehr, das nicht auf eigenen Beinen stehen kann.

Welche Probleme hat Norwegen, weil es kein EU-Mitglied ist? Kein einziges! Ein eventueller Austritt muss keine Konfrontation bedeuten, sondern die Neuverhandlung der Beziehungen zwischen der Union und nun souveränen Staaten. Das ist ganz sicher keine leichte Aufgabe, aber sie ist machbar.

Aus militärischem Blickwinkel wäre ein EU-Austritt Ungarns besonders deswegen irrelevant, weil wir seit 1999 Mitglied der NATO sind und das auch bleiben werden. So oder so müssen wir unsere Verteidigungsfähigkeit weiter stärken, und genau das tun wir ja bereits.

Bindung durch gemeinsame Wurzeln und Werte?

Und schließlich, was vielleicht das wichtigste ist: Aus kulturellem, wertorientiertem Aspekt spräche für unsere weitere Mitgliedschaft, dass uns angeblich die griechischen und römischen Wurzeln beziehungsweise die christlichen moralischen Normen zusammenhalten würden. Ist das aber noch so? Klare Antwort: Leider ist das nicht mehr so. Unsere Wege trennen sich, solange der Westen bewusst mit der christlichen Moral und Werteordnung bricht und stattdessen auf den hemmungslosen Selbstgenuss des Individuums setzt und sich den Aufbau einer auf Selbstvernichtung basierenden kosmopolitischen, gesichtslosen Weltgesellschaft zum Ziel setzt – siehe „Great Reset“. Im Gegensatz dazu hängen wir Ungarn, Polen und insgesamt die Mittel-Ost-Europäer an unseren Jahrtausende alten kulturellen und Glaubensgrundlagen. Wir hängen an unserem Leben! Und genau das stellt alle anderen Aspekte in den Schatten. An dieser Stelle halte ich jetzt inne, die Konsequenz dieser Gedankengänge werde ich nicht aussprechen. Nur so viel sei erwähnt: Der Fidesz ist völlig richtig erst nach sehr gründlichem Abwägen und langem Abwarten aus der Volkspartei ausgetreten. Aber er ist erhobenen Hauptes gegangen und wurde nicht rausgeworfen. Das ist ein riesiger Unterschied. Dieses Vorgehen ist richtig. Denn wenn wir jetzt nachgeben, dann haben wir verloren. Es würde uns alles genommen, wofür wir bis jetzt gekämpft haben.

Der Autor ist Politologe und arbeitet als Berater beim Alapjogokért Központ (Ungarisches Institut für Grundrechte).

Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst am 15. August in der regierungsnahen Tageszeitung MAGYAR NEMZET

BUDAPESTER ZEITUNG...

und in deutscher Übersetzung von Karl Frankenfeld in der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Péter Szijjártó: „Wir sind Ungarn, keine Idioten!“

27. 08. 2021



Youtube Screenshot

Auszug aus der Pressekonferenz von Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die Aufnahme von Afghanen

Außenminister Szijjártó klärte in der Frage der Aufnahme von außereuropäischen Migranten diejenigen auf, die noch Zweifel hatten:

„Wir sind Ungarn, keine Idioten!“

Péter Szijjártó: Was die Afghanen betrifft, so werden wir keine Umverteilung von Flüchtlingen akzeptieren, Ungarn wird sich nicht an einem Verteilungsmechanismus beteiligen.

Ungarn wird nur Afghanen aufnehmen, die in den ungarischen Truppen gedient haben. Die ungarische Armee hat eine geschlossene Liste von Afghanen, die ihre Kameraden waren und deren Leben in Gefahr sein könnte, und wir beschlossen, sie und ihre Familien mitzunehmen. Aber niemand sonst wird von dieser Liste kommen.

Als die NATO die Notwendigkeit eines Rückzugs aus Afghanistan erklärte, stellten Szijjártó und mehrere andere Außenminister die Frage:

- 1) Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass Afghanistan nach dem Abzug nicht zu einem Rückzugsgebiet für Terroristen wird.
- 2) Es muss alles unternommen werden, um eine neue Welle der Massenmigration nach Europa zu verhindern.

Man muss nur einen Blick auf die Weltkarte werfen, um zu verstehen, was passieren wird. Verstehen Sie, dass niemand und kein Land in der Lage sein wird, diese Welle aufzuhalten.

Von der Türkei ist es nur ein Schritt zum Balkan. Und von dort aus einen Schritt nach Kroatien und Ungarn. Die Erinnerung an 2015 ist noch frisch, und es ist wichtig, sich daran zu erinnern, wer diese Zeit, diesen Druck durch die Massen illegaler Migranten, miterlebt hat. Denn einige Länder inspirierten, ermutigten, begünstigten diese Massen, nach Europa zu marschieren.

Ungarns Standpunkt hat sich nie geändert: Die Wellen müssen gestoppt werden, die Ankunft von Afghanen muss verhindert werden. Aus diesem Grund werden wir uns weder an einer Quote noch an einer obligatorischen oder freiwilligen Aufnahme beteiligen, wir werden nur denen helfen, die uns geholfen haben, und die Sache ist erledigt. Das haben wir immer deutlich gemacht.

Was die Verteidigung der EU-Grenzen betrifft:

Wer erinnert sich noch an die Reaktionen der europäischen Länder, der EU, als wir 2015 unsere Grenzzäune gebaut haben, um die Illegalen zu stoppen?

Es gibt einen Grund, warum sich niemand mehr daran erinnert. Das liegt daran, dass heute überall Zäune aufgestellt werden. Polen, Litauen, Griechenland... alle halten es für die richtige Entscheidung.

Wir erwarten nicht, dass die Bürokraten in Brüssel oder die Minister der Nachbarländer, die noch im Amt sind, sich daran erinnern, denn das ist Politik. Aber sie könnten sich dafür entschuldigen, dass sie die Ungarn als unanständig und entwürdigend bezeichnen. Sie könnten zugeben, dass sie Recht hatten.

Wir können keine Worte der Entschuldigung erwarten, aber Fakten sind Fakten.

Und wenn Brüssel im Jahr 2015 nicht in erster Linie damit beschäftigt gewesen wäre, die ungarische Regierung für den Bau dieses Zauns zu schikanieren und zu verleumden, sondern sich bereit erklärt hätte, gemeinsam mit uns das Notwendige zu tun, um die Wellen illegaler Migranten zu stoppen, hätten wir heute nicht solche Probleme.

Brüssel hat seine Haltung von 2015 gegenüber Ungarn vergessen, aber leider nicht die verbindlichen Quoten für die Verteilung illegaler Einwanderer. Sie wurden gerade in „Migrationspakt“ oder „Dynamische Migrantenverteilung“ umbenannt...

Aber wir sind Ungarn, keine Idioten, wir verstehen, was hinter dieser grammatikalischen Bravourleistung steckt, die Dinge nicht beim Namen zu nennen.

Obligatorische Neuansiedlungsquoten stehen weiterhin auf der Tagesordnung der EU.

Denken wir nur an die Masse der illegalen Einwanderer, die hier landen wollen. Es geht nicht nur um afghanische Migranten. Hinzu kommen alle außereuropäischen

Konfliktregionen, die gesamte Subsahara-Region. Aus all diesen Gebieten brechen sie in großer Zahl auf und tragen zu den Wellen bei, die über uns hereinbrechen werden.

Und zu allem Überfluss will Brüssel auch noch Quoten einführen!

Wie groß wird der Druck an den ungarischen Grenzen sein?

Wir Ungarn sprechen deutlich. Der Zaun steht, wir werden unsere Grenzen verteidigen, niemand wird illegal einreisen können.

Quelle: [Youtube](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jüdisches Kulturfestival in Budapest - Im angeblich „antisemitischen“ Ungarn

Vom 22.–30. August findet das Jüdische Kulturfestival unter dem Motto „Lasst uns erneut leben“ an fünf Veranstaltungsorten mit 20 Programmen in Budapest statt.

27. 08. 2021



**ZSIDÓ
KULTURÁLIS
FESZTIVÁL
aug. 22-30.**

Bildquelle: Ungarnreal

Vom 22.–30. August findet das Jüdische Kulturfestival unter dem Motto „Lasst uns erneut leben“ an fünf Veranstaltungsorten mit 20 Programmen in Budapest statt.

Das Festival gilt als eine der **größten jüdischen Kunstveranstaltungen Europas**. Die Veranstaltungsreihe öffnet von Jahr zu Jahr ihre Tore, weil sie unter kulturhungrigen Festivalbesuchern jedes Mal ein großer Erfolg ist, und bietet seit 1999 zum 23. sten Mal

fantastische Programme, Konzerte, thematische Spaziergänge, Buchlesungen und Diskussionen, international anerkannte Künstler und fabelhafte, sakrale Veranstaltungsorte für Festivalbegeisterte.

Ziel des Festivals ist die **jüdisch-ungarische Kultur**, aber auch die Traditionen anderer Völker vorzustellen. Mit der Vielfalt der Programme möchte man betonen, wie wichtig es ist, dass die verschiedenen Kulturen **friedlich nebeneinander leben**. Durch die Eventwoche soll vermittelt werden, dass **mit uns ein Volk lebt, dessen Sitten und Bräuche oft anders und noch immer recht fremd sind**.

Das Jüdische Kulturfestival möchte mit der Präsentation anspruchsvoller Kunst durch die außergewöhnlich reiche ungarische jüdische Kultur dieser Maxime gerecht werden. Wenn man dieses Festival besucht, kann zwischen Folk-, Klassik- und Unterhaltungskonzerten, Aufführungen literarischer Werke, Improvisationsvorstellungen und sogar besonderen Salonabenden wählen. Man muss nicht überlegen, welches Programm von höchster Qualität ist, denn das hohe Niveau ist bei jedem Programm garantiert.

Der 7. Stadtbezirk von Budapest war historisch das **Jüdische Viertel der Stadt**, die Veranstaltungen werden in den hiesigen Synagogen, in der Dohány Straße, in der Hegedűs Straße, und in der **historischen Synagoge in der Rumbachstraße** stattfinden. **Dieses 1872 eingeweihte Gebäude** stand nach dem Zweiten Weltkrieg leer und **verfiel zusehends**. Die **Rekonstruktionsarbeiten begannen vor vier Jahren und kosteten** rund 9 Mio. Euro.

Informationen über die Programme auch rückgängig: www.zsidokulturalisfesztival.hu/

Die Vereinigten jüdischen Gemeinden von Ungarn, die EMIH organisieren das Program **“Woche der Synagogen”** von 27. August bis 5. September 2021 in Budapest. Es werden durch die **Eröffnung alter und neuer Synagogen** die Möglichkeiten des Glaubens und des Gemeinschaftslebens für traditionelle Juden erweitern.

Die Jüdische Gemeinde fühlt sich heute sicher in Ungarn.

Nach Jahrzehnten werden die Synagoge in Újbuda und das Gebetshaus in der Vörösmarty-Strasse wiedereröffnet, die Erweiterung und Renovierung des “Schleusen” Gemeindezentrums in Újlipótváros ist abgeschlossen.

Am 27. August beginnen die Feierlichkeiten zum **zweihundertjährigen Bestehen der Alten Synagoge von Buda** und das traditionelle **“Sóletfest”** (sólet= traditionelles jüdisches Gericht), bei dem internationale Stars auf der Musikbühne auftreten.

Informationen zum Programm: zsinagogakhete.hu/programok/

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien

09) Rechtsstaatlichkeit: Jüdische Villa der slowenischen Sozialdemokraten noch immer nicht zurückgegeben, aber sie „dozieren“ über Gefahren des Nationalsozialismus

28. 08. 2021



Tanja Fajon · Foto: STA

Obwohl die Vorsitzende der slowenischen Sozialdemokraten (SD) und Europaabgeordnete Tanja Fajon immer noch oft an der „Rechtsstaatlichkeit“ festhält, die ihrer Meinung nach von der jetzigen Regierung abgebaut wird, und über den Nationalsozialismus schimpft, muss sie erst einmal vor ihrer eigenen Haustür kehren und etwas gegen die gestohlene Villa unternehmen, in der die SD ihren Sitz hat. Hierfür gibt es viele Gründe.

Wir erinnern uns: Mitte April dieses Jahres schrieb die Europäische Jüdische Föderation in einem Brief an die Präsidentin des SD, Tanja Fajon, dass es angebracht wäre, die Villa des jüdischen Kaufmanns Feliks Moskovič, die derzeit Sitz der SD-Partei ist, an die slowenische jüdische Gemeinschaft zurückzugeben.

Die Villa in der Laibacher Levstikova-Straße 15 wurde unter fragwürdigen Bedingungen verkauft und dann verstaatlicht. Sie wurde von prominenten Mitgliedern der Kommunistischen Partei in Jugoslawien genutzt, heißt es in dem Schreiben. „Wir haben erfahren, dass es in der Vergangenheit Diskussionen über die Übergabe des Moskovič-Grundstücks in der Levstikova-Straße 15 an die Jüdische Gemeinde Sloweniens als Teil einer Entschädigung für die im Holocaust ermordeten slowenischen Juden gegeben hat“, schreiben sie in ihrem Brief an Tanja Fajon.

Sie vertraten auch die Ansicht, dass dies „angemessen, gerecht und moralisch“ sei. Sie riefen die SD-Partei und Fajon dazu auf, „historisches Unrecht“ zu korrigieren.

Es sei daran erinnert, dass auch die slowenische jüdische Gemeinde eine Rückgabe der beschlagnahmten Villa Moskovič für angebracht hält. Die Übernahme der Villa sei zwar nach dem früheren System legal gewesen, sei aber nach den Grundsätzen des Revolutionsrechts durchgeführt worden, was nicht den heutigen Rechtsauffassungen entspreche. „Die Rückgabe des Eigentums von Juden, die im Holocaust umgekommen sind und keine Erben hatten, ist in den meisten europäischen Ländern mit Ausnahme von Polen und Slowenien geklärt worden. Die Republik Slowenien ist diesen Fragen mehr als 20 Jahre lang erfolgreich ausgewichen“, erklärten Vertreter der slowenischen Juden auf eine Frage des Portals Domovina, die auf ein Schreiben der Europäischen Jüdischen Föderation zurückgeht. Sie hoffen daher auf eine faire Einigung mit dem Staat über den Besitz, der das Grundstück und die abgerissene Synagoge in Murska Sobota umfasst.

„Wir verstehen, dass sich die Führung der SD-Partei in diesem Gebäude unwohl fühlt, und wir sind bereit, ihnen im Rahmen einer umfassenden Lösung für die Rückgabe jüdischen Eigentums die Stirn zu bieten“, erklärte die Jüdische Gemeinde damals in ihrer Antwort.

Soweit wir wissen, ist in diesem Bereich jedoch noch nichts geschehen. Mehr als vier Monate nach dem Schreiben der Europäischen Jüdischen Föderation wird das Problem der Moskovič-Villa erneut vergessen und unter den Teppich gekehrt, während Vertreter der Rechtsnachfolgerin der Kommunistischen Partei Sloweniens Krokodilstränen über das Gedenken an den Holocaust vergießen, während der SD-Abgeordnete Matjaž Nemec jetzt sogar angebliche slowenische Neonazis verfolgt. So viel zu ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

MOLDAWIEN

10) Polens Präsident Duda möchte Beitritt der Republik Moldawien zur Drei-Meere-Initiative

27. 08. 2021



Präsident Andrzej Duda während seiner Gespräche mit Präsidentin Maia Sandu in Chisinau
- Quelle: Marek Borawski/KPRP

Polen ist bereit, die Republik Moldawien dabei zu unterstützen, die notwendigen Reformen durchzuführen und ein wichtiger Partner und Mitglied der Drei-Meere-Initiative zu werden

Die Republik Moldawien, das ärmste Land Europas, das in einen Krieg zwischen Russland und der EU verwickelt ist, sollte nach Ansicht des polnischen Präsidenten Andrzej Duda der Drei-Meere-Initiative beitreten.

Duda äußerte sich nach einem Treffen mit der moldawischen Präsidentin Maia Sandu in Chisinau, das Teil von Dudas Staatsbesuch in diesem Land war. Das polnische Staatsoberhaupt wird auch an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Moldawien am Freitag teilnehmen.

Sandu unterstrich die Bedeutung der Stärkung der polnisch-moldawischen Beziehungen und dankte für die Unterstützung Polens auf der internationalen Bühne.

„Wir werden unsere Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft und den Dialog mit Brüssel fortsetzen. Die Östliche Partnerschaft ist nicht nur für Moldawien, sondern auch für die Ukraine und Georgien sehr wichtig“, sagte sie.

Präsidentin Sandu erklärte auch die Bereitschaft ihres Landes, sich an internationalen Initiativen wie der Drei-Meeres-Initiative zu beteiligen.

Glad to welcome Polish President [@AndrzejDuda](#) in an official visit to Chisinau today as we commit to closer cooperation between and and working together to strengthen regional stability and security.



[1:00 nachm. · 26. Aug. 2021](#)

Link zum Tweet kopieren:

https://twitter.com/sandumaiamd/status/1430847664740962304?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1430847664740962304%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funsere-mittleuropa.com%2Fpolens-praesident-duda-moechte-beitritt-der-republik-moldawien-zur-drei-meere-initiative%2F

Duda betonte, dass Polen die Republik Moldawien bei der Verwirklichung ihrer europäischen Ambitionen unterstützen wolle.

„Ich würde mir wünschen, dass die Republik Moldawien nicht nur ein Drei-Meere-Partner, sondern auch ein vollwertiges Mitglied wird. Es ist wichtig für uns, unser Land zu entwickeln

und einen Raum der Sicherheit in unserem Teil Europas zu schaffen“, sagte er. Die Drei-Meere-Initiative bringt 12 EU-Mitgliedstaaten zusammen, die zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria liegen.

Der polnische Präsident fügte hinzu, dass er „Präsident Sandu eine weit offene Tür angeboten hat, wenn es darum geht, Hilfe bei der Durchführung von Reformen zu leisten, die in Moldawien notwendig sind“.

Er erklärte, dass die Hilfe den Aufbau eines ehrlichen Staates beinhalten würde und die Bekämpfung der Korruption, die Verbesserung der Wirtschaft und die Unterstützung der Entwicklung der moldawischen Wirtschaft betreffen würde.

Quelle: [TVP.INFO](https://www.tvp.info)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER